

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Professor Gert Weisskirchen MdB zum Tode von Benno Ohnesorg vor 25 Jahren: Ein Schuß, von dem sich eine ganze Generation getroffen fühlte.

Seite 1

Karl-Heinz Hiersemann MdL zum Festhalten der bayerischen Staatsregierung am Jäger 90: Endlich mit der Konversion beginnen!

Seite 2

Professor Dr. Martin Pfaff MdB zur Notwendigkeit einer umfassenden Aufklärung über die Schädlichkeit des Tabakkonsums: Parteiübergreifend die Nichtraucher schützen.

Seite 4

Gerhard Schmid MdEP zur Einweihung des Harris-Denkmales in London: Wer im Glashaus sitzt...

Seite 5

Dr. Dietmar Matthee MdB zum Problem der Waldbrände in den neuen Bundesländern: Der walddreichsten Region Deutschlands droht die Verwüstung.

Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Presshaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

47. Jahrgang / 103

1. Juni 1992

Ein Schuß, von dem sich eine ganze Generation getroffen fühlte

Zum Tode von Benno Ohnesorg vor 25 Jahren

Von Professor Gert Weisskirchen MdB

Benno Ohnesorgs Tod vor 25 Jahren löste eine Eruption aus. Den Schuß, der ihn traf, empfand eine Generation junger Menschen als auf sich gezielt. Ihre Zukunft, ihr Recht auf ein anderes Leben glaubte sie im Mark verletzt. Sie wollte nicht mehr mit der Lüge leben. Der Jubel-Besuch des Schah Reza Pahlawi im Juni 1967 erinnerte an die fürchterliche deutsche Tradition der unheiligen Allianz von unlegitimierter staatlicher Gewalt und einen Grundzug des deutschen kollektiven Charakters, der immer wiederkehrenden Kriefälle vor dem Autoritarismus. Herangereift seit dem Ende der fünfziger Jahre, verstärkt durch die Spiegel-Affäre und erhitzt durch den Katalysator der Großen Koalition, strömten drei Bewegungen der Gesellschaftskritik zusammen.

Die Revolte der Studenten, unzufrieden mit der immer offen zutage tretenden Ungleichheit der Bildungschancen, machte die Benachteiligung von Arbeiterkindern und Frauen besonders an Universitäten zu einem gesellschaftlichen Thema.

Die gewerkschaftliche Linke kämpfte entschlossen für die stärkere Mitbeteiligung der Arbeitnehmer an den Produktionsentscheidungen in Betrieben und in der Gesamtwirtschaft. Neue Mitbestimmungskonzeptionen wurden diskutiert, die die Vormacht des Kapitals auch auf der Ebene der Unternehmensziele brechen sollten.

Eine Renaissance gesellschaftsverändernder Theorien brach sich Bahn in der Begegnung der undogmatischen Frankfurter Schule, die aus der Vertreibung zurückkehrte, und der jungen Linken, die sich an die originäre Wiederentdeckung der Klassiker des Sozialismus herangearbeitet hatte.

Fruchtbar konnten die drei sozialen Bewegungen erst aufeinander wirken, als die Folgen der Restaurationsphase der Bundesrepublik augenscheinlich wurden. Der CDU-Staat hatte die zweite Demokratie in Deutschland errichtet ohne den offenen Bruch mit der Nazi-Vergangenheit. Adenauer führte die schlechte Kontinuität fort, die Hegemonie des Konservatismus durch das Aufrichten innerer Feindbilder zu befestigen. "Keine Experimente", war die Botschaft an eine Gesellschaft, die immer mehr an ihrer Bewegungslosigkeit zu ersticken drohte.



Der hilflose Anti-Kommunismus der Union lähmte ihre Fähigkeit, neue Konzepte zu entwickeln, um auf neue Fragen im Innern und nach außen angemessen zu antworten. Der Bau der Mauer hatte eine neue Außenpolitik verlangt und die aufbrechenden sozialen Konflikte eine neue Innenpolitik. Aber die CDU war erschöpft. Sie versuchte mit neuem Autoritarismus ihre Erfolge der Restaurationsphase künstlich zu verlängern.

Im Verein mit dem Springer-Konzern trug sie dazu bei, eine Atmosphäre des geistigen Bürgerkriegs zu schaffen.

Alle Ablenkungsversuche gingen fehl.

Als die Sozialdemokratie mit Willy Brandt an der Spitze und die bürgerlich-radikale Liberaldemokratie mit Karl-Hermann Flach sich für Offenheit gegenüber der aufbegehrenden Jugend entschieden, da war der konservative Bann gebrochen, der über der Bundesrepublik lag.

Nach dem Schuß auf Benno Ohnesorg vor einem Vierteljahrhundert begann eine Zäsur. Gesellschaftliche Verhältnisse wurden der Demokratie geöffnet, die einzementiert bleiben sollten. Es löste sich der Reformstau.

Die neue Ostpolitik schuf die Grundlage für den säkuralen Wandel, der den Kommunismus schließlich implodieren ließ. Soziale Gerechtigkeit blieb nicht länger nur ein Wort. Umweltpolitik wurde entdeckt als Projekt für eine zukunftsverträgliche Zivilisation.

Der Aufbruch zur nachholenden Moderne, zur Selbstbegegnung mit der verdrängten Vergangenheit, zur nicht eingelösten realen Demokratie und zur Entdeckung der konkreten Utopie war möglich geworden, als die Jugend in der Revolte mit der gesellschaftlichen Alternative der unverbrauchten Sozialdemokratie und dem fortschrittlichen Bürgertum ein soziales Bündnis eingegangen war.

Fünfundzwanzig Jahre danach: Wann, endlich, entdecken die sozialen Bewegungen ihre gemeinsame Verantwortung für eine Gestaltung der Zukunft in Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit neu?

(-/1. Juni 1992/rs/ks)

Endlich mit der Konversion beginnen!

Zum Festhalten der bayerischen Staatsregierung am Jäger 90

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Das DASA-Strukturkonzept erweist sich zunehmend als Ansammlung unrealistischer Wünsche und Zielvorstellungen, die auch der fromme Glaube der Bayerischen Staatsregierung nicht mehr retten kann. Nach dem unaufhaltsamen Scheitern des umstrittenen Militärflugzeuges Jäger 90, nach der massenhaften Auftragsstornierung beim Airbus und nach den Unsicherheiten über den Produktionsstandort der neuen Hubschrauber wackelt jetzt auch die letzte Säule des DASA-Strukturkonzeptes: Das neue Regionalflugzeug, ein 80- bis 130-Sitzer, droht zu Fokker in den Niederlanden abzuwandern, wo bereits entsprechende Erfahrungen vorliegen.

Das DASA-Strukturkonzept, das der bayerische Wirtschaftsminister dem Bayerischen Landtag in drei Sitzungen der Jahre 1990, 1991 und 1992 vorgetragen hat, ist nur noch Makulatur, da praktisch sämtliche Voraussetzungen dafür bereits entfallen sind oder zur Disposition stehen. Mittelfristig stehen damit 10.000 hochqualifizierte Arbeitsplätze in den bayerischen Standorten auf dem Spiel. An die Stelle des frommen Glaubens muß die Staatsregierung endlich ein tragfähiges und glaubwürdiges DASA-Strukturkonzept setzen, das den bayerischen Beschäftigten eine echte Zukunftsperspektive gibt.

Die bereits sehr weit gediehenen Verhandlungen von Daimler-Benz beziehungsweise der DASA mit Fokker in den Niederlanden - sie wollen zusammen mit anderen europäischen Partnern 51 Prozent von Fokker übernehmen - lassen die Hoffnungen auf eine Entwicklung und Herstellung des geplanten Regionalflugzeuges, eines zivilen 80- bis 130-Sitzers, in Bayern gegen Null gehen. Fokker hat die Entwicklung eines solchen Flugzeuges bereits abgeschlossen und verfügt über die notwendige Produktions- und Vertriebsstruktur. Angesichts dieser Rahmenbedingungen kann die Staatsregierung nicht länger auf eine solche Perspektive hoffen.

Vollends nur Wunschtraum ist das Spekulieren auf den Jäger 90: An dieses Unsinnprojekt glaubt in ganz Deutschland niemand mehr mit Ausnahme eines beleidigten und ärgerlichen bayerischen Ministerpräsidenten, der seine CSU-Mehrheit noch einmal zu hilflosen Resolutionen ohne praktischen Wert verdonnert hat, um zumindest sich selbst ein durch nichts mehr zu rechtfertigendes Vertrauen in die Rüstungspolitik suggerieren zu können. Ähnlich prekär ist die Situation bei den neuen Hubschraubern PAH 2 und NH 90. Bei ihnen ist angesichts der Mehrheitsverhältnisse zu Gunsten der französischen "Aérospatiale" unwahrscheinlich, daß sie im Freistaat Bayern entwickelt und hergestellt werden.

Auch die im DASA-Strukturkonzept versprochene Verlagerung von Arbeitsstundenkapazitäten beim Airbus vom Norden in den Süden der Republik ist - angesichts einer Stornierung von 40 Prozent der "festen" Aufträge für den Airbus - bislang nicht vollzogen worden und auch nicht absehbar.

Aus diesen Entwicklungen ergibt sich für die bayerischen DASA-Standorte ein düsteres Bild. Rund 10.000 Arbeitsplätze sind in höchster Gefahr, wie die SPD-Landtagsfraktion nach mehreren Informationsgesprächen an den bayerischen Standorten errechnet hat. Konkret:

- o In Ottobrunn sind mittelfristig 4.000 Arbeitsplätze bedroht, wenn weder der Jäger 90 noch das Regionalflugzeug kommen.
- o In Augsburg stehen aus dem gleichen Grund mindestens 1.000 Arbeitsplätze auf Disposition, wenn nicht - bei Ausfall des Regionalflugzeuges - sogar der ganze Standort bedroht ist.
- o Für Manching mit seinen 1.800 Arbeitsplätzen - dort sollen militärische Aufträge und die Wartung militärischer Flugzeuge durchgeführt werden - ist das völlige Aus zu befürchten, wenn nicht ein neues Strukturkonzept zum Tragen kommt.
- o Der Standort Oberpfaffenhofen verliert einen großen Teil seiner Arbeitsplätze spätestens ab dem Jahr 1995, wenn das Regionalflugzeug nicht in Bayern gebaut wird.
- o Donauwörth mit 3.000 Beschäftigten ist weiterhin davon abhängig, ob hier der Panzerabwehrhubschrauber PAH 2 und der Neue Hubschrauber NH 90 gebaut werden, was angesichts der Mehrheitsanteile der französischen Aérospatiale mehr als in Frage steht.

CSU und Staatsregierung müssen sich endlich von ihrem frommen Vertrauen in eine Bayernbegünstigende Unternehmenspolitik der DASA und von ihrem anachronistischen Glauben an die Rüstungsindustrie trennen. Dazu gehört an erster Stelle ein Konzept für den bayerischen Bereich der DASA, das von den tatsächlichen Zukunftsaussichten ausgeht und für die bayerischen Beschäftigten eine echte Zukunftsalternative bietet. Mit verärgerten Reaktionen und polit-ideologischen Glaubensbekenntnissen, die vom jahrelangen industriepolitischen Versagen der Staatsregierung ablenken sollen, ist niemand mehr geholfen. Statt dessen muß die Staatsregierung - wie von uns Sozialdemokraten seit Jahren gefordert - mit einer geeigneten Industriepolitik auch über Anreize im Freistaat die Rahmenbedingungen schaffen, daß die Rüstungskonversion endlich in großem Umfang eingeleitet wird. Der Strukturwandel von den wehrtechnischen Gütern zur zivilen Entwicklung und Fertigung muß in Bayern endlich Chefsache werden und darf nicht länger Spielball unfähiger Ressortminister bleiben.

Die Bayerische Staatsregierung wäre auch gut beraten, endlich den von ihr leichtfertig aus der Hand gegebenen zivilen Bereich der DASA wieder verstärkt ins Auge zu fassen. Chancen dazu bietet neben der zivilen Passagierluftfahrt meiner Meinung nach vor allem auch der Unternehmensbereich Transportflugzeuge, der von 14.000 Beschäftigten vor der MBB/Daimler-Fusion auf mittlerweile 20.000 Beschäftigte angewachsen ist. Nach den vielen industriepolitischen

Fehlern der Staatsregierung, die leichtfertig jedes Faustpfand zur Einwirkung auf die Unternehmenspolitik der DASA - zuletzt mit dem Tausch der MBB-Aktien - ohne Not aus der Hand gegeben hat, muß die CSU-Regierung jetzt endlich anfangen, mit einer wirksamen Industriepolitik wieder Teile der zivilen Luft- und Raumfahrt nach Bayern zu holen, anstatt weiter ebenso schöne wie unwirksame Entschließungen zur Rüstungspolitik zu verfassen, die keine Zukunft mehr hat, und einem persönlichen groß nachzuhängen. Auch ein Herr Streibl muß endlich kapieren, daß sich der Jäger 90 niemals von Bayern aus in den Himmel erheben wird.

(-/1. Juni 1992/rs/ks)

Parteiübergreifend die Nichtraucher schützen

**Zur Notwendigkeit einer umfassenden Aufklärung über die Schädlichkeit des
Tabakkonsums**

Von Professor Dr. Martin Pfaff MdB

Mitglied des Gesundheits-Ausschusses des Deutschen Bundestages

Wir brauchen eine parteiübergreifende Initiative für einen gesetzlichen Nichtraucherschutz am Arbeitsplatz. Daß Passivrauchen gesundheitsschädlich ist, ziehen nur noch der Zigarettenindustrie nahestehende Wissenschaftler in Zweifel. Für alle kompetenten, unabhängigen nationalen und internationalen Organisationen ist das ungewollte Mitrauchen Ursache für Krebs und andere Krankheiten.

In diesem Zusammenhang ist zu kritisieren, daß die Europäische Gemeinschaft (EG) den Tabakanbau derzeit mit mehr als zwei Milliarden DM jährlich subventioniert, während in der Gemeinschaft nach Schätzungen 440.000 Menschen - ebenfalls pro Jahr - an den Folgen des Tabakkonsums sterben.

Sinnlos und darüber hinaus nicht durchführbar sind jedoch Risikozuschläge in der gesetzlichen Krankenversicherung, wie sie der Gesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) kürzlich noch vor seinem Amtsantritt gefordert hat: Dieser Ansatz widerspricht den Grundprinzipien der Allgemeinen Krankenversicherung, die auf dem Bedarfsprinzip der Inanspruchnahme und dem Solidarprinzip der Finanzierung beruht. Sicherlich stellt die Raucherabgabe einen Grenzfall dar, da - im Gegensatz zu vielen anderen Risikofaktoren - eine direkte Zurechenbarkeit des Risikos besteht. Allerdings lassen sich leicht weitere solcher Grenzfälle konstruieren und konstatieren, wenn man an den Alkohol-, Drogen- und Arzneimittelmißbrauch, aber auch an bestimmte risikobehaftete Sportarten denkt.

Besser und erfolgversprechender als finanzielle Sanktionen sind neben der gesetzlichen Regelung am Arbeitsplatz die gezieltere Information und Aufklärung insbesondere bei den Jugendlichen, da in der Altersgruppe der 16- bis 17jährigen der Raucheranteil sprunghaft ansteigt: Statistischen Erhebungen zufolge rauchen 45 Prozent der Jungen und 43 Prozent der Mädchen.

Aber auch das im Europaparlament bereits beschlossene Verbot der Tabakwerbung außerhalb des Verkaufsortes, das ab Januar 1993 in Kraft tritt, kann dazu beitragen, den Tabakkonsum und damit das Erkrankungsrisiko herabzusetzen.

Eine Beitragsrückerstattung für Gesunde dagegen würde ebenfalls an den Grundpfeilern unseres Versicherungssystems rütteln, da ja gerade darauf beruht, daß die Beiträge der Gesunden aufgewendet werden, um die Heilung der Kranken mitzufinanzieren. In dem Ausmaß, in dem den Gesunden Beitragsrückerstattungen gewährt würden, müßten notwendigerweise die Beiträge aller - und dabei besonders die Beiträge der Kranken - steigen. Das wäre zutiefst unsozial.

Ebenfalls unrealistisch wäre eine Zufuhr der Tabaksteuer - 24 Millionen bundesdeutsche Raucher zahlten 1991 33,3 Milliarden DM über die Tabaksteuer in den Steuertopf - zur gesetzlichen Krankenversicherung. Die Beiträge zur Krankenversicherung würden zwar sinken. Dies würde aber gleichzeitig zu einer Erhöhung anderer Steuern führen, da die Steuereinnahmen aus dem Tabakkonsum aus dem Etat herausfielen und ein Ausgleich derzeit nicht finanzierbar scheint.

Anhand der statistischen Datenlage zeigt sich, daß bei der Aufklärung nicht ausschließlich ein "Gießkannenprinzip" angewendet werden darf, da einige soziale und ökonomische Determinanten klar erkennbar sind. Mit steigendem Alter und höherem Schulabschluß sinkt der Tabakkonsum, während Männer sowie Empfänger von Arbeitslosengeld und -hilfe und von Sozialhilfe mehr rauchen als andere Gruppen. Hier muß gezielt angesetzt werden.

(-/1. Juni 1992/rs/ks)

Wer im Glashaus sitzt...

Zur Einweihung des Harris-Denkmafs in London

Von Gerhard Schmid MdEP

Vorsitzender der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Das ist nicht die feine britische Art: 47 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, die in West-Europa Frieden und zunehmenden Wohlstand gebracht haben, dem Koordinator der britischen Bombenangriffe, Sir Arthur Harris, ein Denkmal zu widmen. Und es bleibt schon mehr als ein schaler Geschmack zurück, wenn man realisiert, daß die Einweihung genau zum 50. Jahrestag jenes Angriffes erfolgte, an dem 1000 britische Bomber Hamburg in Schutt und Asche legten.

Kritik ist also angebracht. Aber Vorsicht. Gerade wir Deutsche können von der britischen Regierung nicht einfordern, sie hätte die Denkmal-Enthüllung verbieten sollen. Sie hat ihr schlechtes Gewissen hinreichend dadurch dokumentiert, daß der britische Botschafter in Deutschland, Sir Christopher Mallaby, an der Gedenkfeier in Hamburg teilnahm.

Wer aber in Deutschland fordert, die britische Regierung hätte anders handeln sollen, der muß wissen, daß er im Glashaus sitzt. Hierzulande feiern Jahr für Jahr ehemalige SS-Tradition-Verbände ihre Treffen. Dies geschieht nun wahrhaft nicht in aller Unschuld und oft genug mit Teilnahme von Bundeswehr und Politikern. Wer hätte schon jemals gehört, daß eine Bundesregierung versucht hätte, ein solches Treffen der in den Nürnberger Prozessen als verbrecherische Organisation qualifizierten SS-Einheiten zu verbieten?

(-/1. Juni 1992/rs/ks)

Der waldreichsten Region Deutschlands droht die Verwüstung
Zum Problem der Waldbrände in den neuen Bundesländern am Beispiel Weißwasser
(Sachsen)

Von Dr. Dietmar Matterné MdB

Wie alle paar Jahre wieder brennen auch in diesem Sommer im Landkreis Weißwasser Tausende Hektar Wald. Auch zu DDR-Zeiten konnten diese Brände nie unter Kontrolle gebracht werden. Da insbesondere militärische Sperrgebiete betroffen waren und die Verursacher oft auch dort zu vermuten waren, wurde meist ein Mantel des Schweigens über das Ausmaß der Schäden gebreitet.

Dennoch waren die Bedingungen der Brandbekämpfung wesentlich besser als heute. Das Gebiet hatte noch einen natürlichen, sehr hohen Grundwasserstand. Die meisten Flächen waren generell für die Bevölkerung gesperrt. Die Wälder durften bei hoher Brandgefahr nicht betreten werden. Und schließlich konnte der SED-Staat bei Gefahr auf Befehl zahlreiche Helfer aus Betrieben, Kampfgruppen und der NVA in kürzester Zeit zur Brandbekämpfung abkommandieren.

Dagegen stellt sich die heutige Lage ganz anders dar. Durch den Braunkohlenabbau ist das Grundwasser weiträumig abgesenkt worden. Die Wälder sind jetzt weitgehend ausgetrocknet. Die Zahl der Feuerwehren hat sich verringert und die Ausrüstung ist veraltet. So sind die Löschtrupps völlig überfordert.

Die Brände hat man damals nicht unter Kontrolle bekommen - und so wird es auch heute wieder sein. Sie endeten - falls sich die Windrichtung nicht änderte - gewöhnlich an einer natürlichen Grenze, meist an Tagebaugebieten. In dem jetzt ausgetrockneten Moorgebiet wird sich die Glut noch viele Wochen und Monate halten.

In den Wäldern um Weißwasser und Hoyerswerda herrschen für Deutschland außergewöhnliche natürliche Bedingungen. Der Sandboden ist karg und hat ein geringes Wasserhaltevermögen. Die Reinbestände an Kiefern sind außerordentlich stark brandgefährdet. Es gibt, wie derzeit, langanhaltende und windreiche Trockenperioden. Das sind Bedingungen, die wir auch im Mittelmeergebiet vorfinden.

Da in den Landkreisen Hoyerswerda und Weißwasser etwa zwei Drittel der Fläche von Braunkohletagebauten und dem größten Truppenübungsplatz der ehemaligen NVA belegt sind, herrschen dort zum wiederholten Male Zustände, die in ihrem Erscheinungsbild an den Golfkrieg erinnern.

Tage- und wochenlange Brände, die den Himmel verdunkeln. Hubschrauber und Flugzeuge, die ununterbrochen im Tiefflug ihre Wasserladungen über die Feuerbrunst abgeben. Das Gedröhn von schwerer Technik und Panzern, die sich zur Bekämpfung des Brandes im Einsatz befinden.

Wie bereits 1988 hat auch jetzt die Feuerfront die mit zahlreichen Betonplattenbauten gespickten Außenbezirke der 100.000-Einwohnerstadt Weißwasser erreicht. Hier könnten möglicherweise die Teerpappendächer in Brand geraten.

Offensichtlich ist, daß sich die politisch Verantwortlichen in Bundes- und Landesregierung der riesengroßen Gefahr nicht bewußt waren. In zahlreichen Gesprächen, auch mit Vertretern der Bundeswehr, kam bisher immer die Überzeugung zum Ausdruck, daß es nun kaum mehr Probleme mit der Brandbekämpfung geben werde.

Welch' ein Irrtum! Noch in den letzten Tagen haben trotz der großen Brandgefahr die Leopardpanzer ihre Schießübungen veranstaltet.

Der ehemals waldreichste Landkreis Deutschlands, Weißwasser, wird langsam aber sicher zu einer wüstenähnlichen Region im vereinten Deutschland. Jetzt ist eine außergewöhnliche Situation da, die außergewöhnliche Maßnahmen verlangt.

(/1. Juni 1992/rs/ks)
